

Der Arbeitslose

Informationsblatt der Aktionsausschüsse

Arbeitslose! Arbeitende!

Eine ungeheure Welle von Hunger und Elend wälzt sich über das Land. Die Preise aller notwendigen Bedarfsartikel steigen ins Ungemessene.

Langsam, aber sicher schnürt uns der Kapitalismus das Leben ab, um selbst existieren zu können!

In seinem Willen zur Macht und zum Profit geht er über die

Leiden von Millionen Proletariern!

Dieser Winter soll dem Kapitalismus die Entscheidung bringen. Soll ihm bringen die endgültige

Ruhe und Ordnung für seinen Wiederaufbau!

Er arbeitet vor. Der Reichstag wird als Weihnachtspräsent für euch eine ganze Kiste „sozialer Errungenschaften“ beschließen. Diese Gesetze sind von Gewerkschaften und „Sozialisten“ für euch ausgearbeitet. — Sie sollen

**Deutschland in ein großes Zuchthaus verwandeln. Durch Schieds- und Tarifgesetze soll das Streiken verboten werden!
Durch Erwerbslosenversicherung soll die Unterstützung abgebaut werden!**

Was bedeutet das für euch?

Das heißt, daß ihr zu jeder Bedingung willfährige Sklaven des Kapitals sein sollt!

Unter dem Schutz dieser Gesetze beginnt der

Lohnabbau für die Arbeitenden, das Massenverhungern der Arbeitslosen.

Was haben eure Organisationen bisher dagegen getan? Gar nichts!

Die Gewerkschaften haben diese Gesetze selbst ausgearbeitet! Wer hat die Leitung in den Gewerkschaften? SPD., USPD. Sie können also nichts tun gegen ihre eigenen Gesetze.

Aber die „revolutionäre“ KPD., so werdet ihr uns zurufen. Auch sie kann nichts für euch leisten, denn sie ist gezwungen, auf ihre Einstellung zu verharren, mit den Gewerkschaftsböngeln und Führern der anderen Parteien gemeinsame Sache zu machen. In ihrem Steuervorschlag verlangen sie ja selbst:

Arbeitszwang für alle Arbeitsfähige!

Gedenket der Worte von Karl Marx:

Das Befreiungswert der Arbeiterklasse kann nur das Wert der Arbeiter selbst sein!

Aus den Zellen der Gesellschaft, den Betrieben heraus müßt ihr wie die Arbeitenden und mit ihnen euch aufraffen zum Kampf um eure Existenz, ihr Arbeitslose auf den Nachweifen, der euer Betrieb ist. Der Kampf um euer Leben ist kein Lohnkampf, keine Rette von Lohnforderungen.

Ihr sichert eure Existenz nur durch die politische Macht, die ihr bei Strafe eures Untergangs erobern müßt!

Wir Arbeitslose Groß-Berlins befinden uns in einem schweren Kampf für volle Existenz für alle Arbeitenden sowohl wie Arbeitslose und gegen die geplanten Zucht-hausgesetze.

Folgt unserm Beispiel! Lebt mit uns Solidarität!

ehe es zu spät ist, kämpft gegen Verklavung und Verelendung

unter der Führung von euch bestimmter Aktions-Ausschüsse!

Geht die Führung nicht in die Hände jener, die euch die Gesetze ausarbeiteten, behaltet sie in eigener Hand!

Sonst seid ihr verraten und verkauft! — Kämpft mit uns, denn unser Kampf ist auch der eure!

Es lebe die proletarische Solidarität! Nieder mit den Zuchthausgesetzen und den Verrätern!

Es lebe die proletarische Revolution!

Zentralstreifleitung. Aktionsausschüsse der Arbeitslosen Groß-Berlins.

Der Abbau der Erwerbslosenfürsorge

„Die Erwerbslosenfürsorge, wie sie jetzt besteht, hat noch eine sehr rohe Form; mit diesem Unfug muß aufgeräumt werden.“

(Wiedermann, der Referent des ADBB. in Hamburg.)

Folgende Anweisung ergeht an die Erwerbslosenfürsorge:

Abschrift:

Deputation für Arbeit und Gewerbe
Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge
Logeb.-Nr. 1171, Erwerbsl.-F.

Berlin, den 16. 9. 21.
Breite Str. 36.

Betr. Einschränkung der Unterstützungsdauer auf 13 Wochen.

Der Hauptausschuß hat in seiner Sitzung vom 3. 9. 1921 nachstehenden Beschluß zur Durchführung des Erlasses des Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. 11. 1920 betr. Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 13 Wochen gefaßt:

I. Die Unterstützung darf höchstens für die Dauer von insgesamt 13 Wochen gewährt werden:

1. geübten ledigen landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen (ausschließlich Saison-Arbeitern und Arbeiterinnen);
2. festen Hausangestellten (d. h. Mädchen für alles, Hausmädchen, Köchinnen, Kindermädchen, Säug-, Wirtschaftlerinnen, Hausdamen) nicht aber Aufwärterinnen, Reinmachefrauen, Waschfrauen, Hausplätterinnen, Ausbesserinnen.

II. Soweit sich für die Angehörigen der unter I genannten Berufsgruppen nach Lage des Arbeitsmarktes die Notwendigkeit er-

gibt, die Unterstützungsdauer über die Dauer von 13 Wochen hinaus zu gewähren, ist die Genehmigung des Oberpräsidenten einzuholen.

III. Allen unter 21 Jahre alten weiblichen Erwerbslosen, die bei den Angehörigen oder zur Miete wohnen und nur für sich selbst zu sorgen haben, ist ohne Rücksicht auf ihre letzte Beschäftigung die Erwerbslosenunterstützung nur zu bewilligen, wenn der Arbeitsnachweis ihre Eignung für den Beruf der Hausangestellten verneint hat. Wird auf Grund der Auskunft des Arbeitsnachweises die Unterstützung verweigert, so findet Beschwerde an den Fürsorgeausschuß statt.

Die Dienststellen der Erwerbslosenfürsorge werden angewiesen, entsprechend zu verfahren.

Nach 26wöchiger Arbeitslosigkeit erhalten keine Unterstützung mehr: Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Herren-Waßschneider, Näherinnen, Stepperinnen, Kurbelstickerinnen, Puhmacherinnen, Strohhutmacherinnen, Kesselschmiede, Brauereiarbeiter.“

Das ist der Anfang, das übrige wird auf „gesetzlichem“ Wege gemacht.

Das Gesetz über Arbeitslosenversicherung.

Der entscheidende Abschnitt lautet:

Im zweiten Abschnitt wird als Gegenstand der Versicherung bezeichnet:

Arbeitslosenunterstützung, Versorgung Arbeitsloser für den Krankheitsfall und Kurzarbeiterunterstützung. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig

arbeitslos ist. Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, Arbeit auch nach auswärts anzunehmen, bekommt für die ersten vier Wochen nach der Weigerung keine Arbeitslosenunterstützung; es sei denn, daß für die Arbeit kein angemessener Lohn gezahlt wird oder die nachgewiesene Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung, früheren Tätigkeit oder körperlichen Beschaffenheit nicht zugemutet werden kann, daß die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung freigeworden ist oder daß die Versorgung der Familie unmöglich wird. Die gleiche Entziehung erleidet derjenige, der sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsumschulung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, die Aufnahme der Arbeit zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch besondere Kosten erwachsen. Ebenso bekommt vier Wochen lang keine Unterstützung, wer seine Arbeit ohne Grund freiwillig aufgibt. Durch Streit oder Aussperrung arbeitslos Gewordene haben erst Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von vier Wochen seit dem Abschluß des Lohnkampfes. Der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung entsteht erst, wenn der Versicherte in den 24 Monaten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit während 26 Wochen Beiträge geleistet hat. Wer in den letzten 24 Monaten bereits während insgesamt 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, hat keinen Anspruch mehr; es müssen erst abermals während 26 Wochen Beiträge geleistet werden.“

Der Zweck des Gesetzes ist, die Erwerbslosen und Arbeitenden in die Gewerkschaften zu zwingen, um sie so dem Staat auszuliefern. Die Arbeiter sollen so zu Lotengräbern ihrer eigenen Klasse werden. Für jeden klassenbewußten Arbeiter kann es hier nur rücksichtslosen Kampf um die Zertrümmerung der Gewerkschaften geben.

Die momentane Situation des Arbeitslosenstreiks

Wenn man den Stand dieser außerordentlichen Bewegung betrachten will, so muß man sich die positiven und negativen Faktoren für diesen Kampf zuerst ansehen. Die Arbeitslosen Groß-Berlins werden durch zwei Institutionen vertreten. Ein geringer Prozentsatz durch Erwerbslosenräte, der andere durch Aktionsausschüsse, zwei sich feindlich gegenüberstehenden Systemen. Die ersteren, gestützt von den Gewerkschaften und den parlamentarischen Arbeiterparteien, verkörpern das parlamentarische, vorrevolutionäre Handeln. Sie kennen nur eine Art des proletarischen Kampfes, das ist das Stellen von Forderungen an Parlamente, gesetzliche Institutionen usw. und das Abwarten, was werden die „Führer“, die von den Proletariern dort hineingewählt sind, für die Bewilligung tun. Unter Umständen machen sie noch eine Demonstration vor die noch nicht verbannten Parlamente, lassen die hungernden Proleten dort stundenlang stehen, um dann nachher zu erklären, daß mit Hilfe des größten Teils der Arbeiterabgeordneten nichts bewilligt worden ist. Dann beugen sie sich wieder monatelang mit krummem Kreuz über Magistratsakten, um bei „besserer“ Gelegenheit wieder zu „kämpfen“. Für ihre heiligste Pflicht aber halten es diese Erwerbslosenräte, die Arbeitslosen in der Illusion zu belassen, als könnte die Lage dieser Proletarier im heutigen System gerettet und gebessert werden, natürlich nur durch sie. Ist das das Wasser, in dem die Arbeitslosen ertrinken müssen, so bilden die Aktionsausschüsse das gerade Gegenteil. Ihre Hauptaufgabe sahen sie bisher darin, die Illusionen, in denen sich die Arbeitslosen durch die ER bewegten, zu zerstören. Klar und deutlich riefen sie den Arbeitslosen zu, daß in der heutigen Gesellschaft ihr Weg der langsame Auswanderern zum Friedhof sei. An Hand der Entwicklungstendenz im Kapitalismus bewiesen sie ihnen, daß innerhalb dieser Ordnung ihre Existenz nicht mehr zu sichern ist, ihnen nicht mal die Gelegenheit des bloßen Vegetierens gegeben ist. Hier heißt es, so propagierten sie, anstelle des parlamentarischen Kuhhandels mit Kapital und Staat den Kampf des Proletariats zur Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht zu führen. Der

Arbeitslose!

Übt Solidarität mit den Streikenden und Ausgesperrten.

Werdet nicht zum Streikbrecher!

großen Unterstützung der anderen entgegen, halfen ihnen nur die kleinen, weil revolutionär-proletarisch um so tatkräftiger aber KAP. und ULL-Organisationen. Dies zeigt sich auch wieder in der jetzigen Situation. Der durch die elende Lage und das Arbeitslosenversicherungsgesetz bedingte Kampf der Arbeitslosen wird von den ULL. geführt. Kein langes Verhandeln mit gesetzlichen Institutionen, kein Betteln und Bitten gingen dieser Aktion voraus. Hier, das fordern wir, bewilligt, solange bis ihr bewilligt habt, legen wir die Hauptfunktion der Nachweise still, so drückte sich die Tat der ULL. aus. Sofort sprangen die Gegner auf den Plan. Nicht etwa die bürgerlichen, o nein, die gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kettenhunde des Kapitals gingen für ihre Herren vor. SPD. und USF. als Stadträte und Magistrat, Gewerkschaften und KAP. als Erwerbslosenräte. Verschieden sind die Wege, die man einschlägt, alle aber sind sich einig, Ruhe und Ordnung zu schützen. Im Marzfall, dem Gebäude der Erwerbslosenfürsorge, brühten sie, wie man am besten die Erwerbslosenbewegung abwürgen kann. Aus ihrer Einstellung heraus sehen sie die Hauptschuldigen in den sogenannten „Führern“ dieser Bewegung. Wordinge entspringen gegen dieselben ihrem rachebrütenden Hirn. Am schlimmsten zeigen sich dabei die gewerkschaftlich-parlamentarischen „Kommunisten“. Die Befehle der Nachweise mit Sipo ist ihr „Erfolg“. (Zeuge Weber, Vorsteher des Arbeitsnachweises Wusterauhener Straße, USF. und Gewerkschaftler, und mehrere Arbeitslose!) Lügen und Denunziation heben sich in der „Roten Fahne“ (siehe Sonntag- und Mittwochmorgenausgabe) ab. Trokdem und alledem ist durch die ULL. ihrer jetzigen und früheren Arbeit in den Arbeitslosen ein Geist des Kampfes geschürt, der diesen Streik im ständigen Wachsen läßt. Einzige und allein wird den Arbeitslosen von der Kommunistischen Arbeiter-Partei und der Allgemeinen Arbeiter-Union der Rücken gestärkt. In beider Presse und Versammlungen, durch ihre Parteigenossen, eingedenk ihrer revolutionären Pflicht, ist es möglich, daß seit acht Tage Streik sich nur eine lächerliche Anzahl von Streikbrechern gefunden haben, und diese sind zum größten Teil zusammengesetzt aus Jugendlichen und alten Wasch- und Reinemachefrauen in allerhöchster Lage. Sonst aber steht heute die Lage gut. Immer mehr breitet sich die Aktion aus. Schon sind es nicht mehr bloß die Berliner Nachweise, sondern auch greifen jetzt die Arbeitslosen der an der Peripherie Berlins gelegenen Orte ein. Die Spandauer Arbeitslosen haben am Donnerstag den Streik beschlossen. Auch einzelne Erfolge zeigen sich schon. So z. B. in Pankow. Dort wurden unsere Forderungen vom Erwerbslosen-Fürsorgeausschuß angenommen, jedoch verweigerte der Oberpräsident die Genehmigung. Einstimmig beschloß daraufhin der gesamte Ausschuß, von den Sozialisten bis zu den Bürgerlichen, zurückzutreten.

Sie erklärten, wenn ein einzelner Mann die gerechten Forderungen der Erwerbslosen ablehnen kann, haben sie als parlamentarische Instanz kein Recht mehr, zu bestehen. Sie sind gegangen.

Ein gutes Zeichen dafür, daß auch im Streik der Arbeitslosen Macht liegt. Nur so weiter, kann deshalb die Parole lauten. Wir sind auf dem richtigen Wege, das wird uns dadurch gezeigt. Mögen uns auch eine große Zahl von Feinden gegenüberstehen, wir müssen es schaffen. Einig und geschlossen wurde der Kampf begonnen. Einig und geschlossen muß es weitergehen. Nicht Mutlosigkeit und die große Zahl der Gegner darf uns zerschlagen, dann werden wir siegen, trokdem und alledem!

Der Arbeitslosenstreik, seine Ursachen und Ziele

Jede Zeit schafft neue Ausdrucksformen für die Gesellschaft und für die Kämpfe innerhalb derselben. Alles ist in ständiger Bewegung und was heute noch alles lächerlich, unsinnig, unmöglich usw. galt, ist morgen schon Tatsache und eventl. geschichtliche Notwendigkeit. Eine solche rasende und nie erwartete Entwicklung ist auch die Arbeitslosenbewegung gegangen. Wer hätte einen Tag bevor es Tatsache wurde, je geglaubt, daß es streikende Arbeitslose geben wird, ja, wer hat überhaupt daran gedacht, daß Arbeitslose etwas haben, womit sie ihren Willen manifestieren können? Es klingt fast wie aus dem Munde eines Irren, wenn man sagt, die Arbeitslosen streiken! Und doch ist dem so. Wie ist ein Streik bei diesem Teil des Proletariats zu verstehen? so wird fast jeder von diesen Tatsachen Ueberraschte fragen. Genau so wie in den Betrieben bei Lohn-, politischen usw. Streiks die Hauptfunktion des Betriebes, die Produktion stillgelegt wird, so legte man auf den Arbeitsnachweisen die des Vermitteln von Arbeit still. Man nahm den Nachweis als Betrieb. Der Gedanke des Nichtvermittellens von Arbeit als Streikwaffe der Arbeitslosen ist geboren aus dem Mangel an anderen Möglichkeiten seinen Willen nachgiebig auszudrücken. Wie bei jeder neuen Methode heißt es auch hier, die Frage nach dem Wert und die Zweckmäßigkeit dieser Waffe zu stellen. Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns die Ursachen und den bisherigen Verlauf dieses neuen Kampfes vor Augen führen.

Schon seit über einem Jahre geht der Kampf: Aktionsausschüsse oder Erwerbslosenräte, revolutionäres Handeln oder reformistische Aktenschreiberei. Mit wechselläufigem Glück wurde dieser Kampf geführt, wobei der Nachweis Wusterauhener Straße das Rückgrat der Aktionsausschüsse bildete und die Nachweise der Gewerkschaften den Erwerbslosenräten die Knochen steiften. Außerdem hatten die ER. die Hilfe des Magistrats, der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien. Doch alles half nichts. Langsam aber sicher setzte sich der Gedanke revolutionärer Arbeit mit Aktionsausschüssen als Führung durch. Jetzt sprangen den ER. die Stadträte zur Seite. Es geht nicht, erklärten die „sozialistischen“ Stadträte, daß auf den Arbeitsnachweisen Reden gehalten werden, und wer es noch einmal wagt, in den Räumen des ULL. Versammlungen einzuberufen, der wird vom Nachweis ausgeschlossen. Mit anderen Worten: Aktionsausschüsse verschwindet, sonst bekommt ihr keine Arbeit mehr, denn der Unternehmer soll niemand ohne Arbeitsnachweis einstellen. Die Aktionsausschüsse antworteten, wie es sich gehörte. Der Nachweis ist der Betrieb der Arbeitslosen. In jedem Betrieb sind Betriebsversammlungen zulässig, also auch hier! Als jedoch im Auftrage des ULL. der Genosse Fischer die Arbeitslosen über das Gesetz der Arbeitslosenversicherung aufklärte, ihnen in klaren, kurzen Worten zeigte, daß das der Abbau der Erwerbslosenunterstützung ist und diejenigen, welche dann noch Unterstützung erhalten, sie auf Kosten des Proletariats bekommen, und in so dürftiger Weise, daß sie verhungern müssen, wurde er als renitent des Nachweises verwiesen. Der „sozialdemokratische“ Stadtrat Bösch verordnete: Betreten Sie nochmals den Nachweis Wusterauhener Straße, dann werden Sie des Hausfriedensbruches angeklagt. Ebenso erging es dem Genossen Fichtmann und wäre es allen Aktionsauschüßmitgliedern ergangen, hätten die Arbeitslosen jetzt nicht als Masse eingegriffen. Sie verlangten die Rücknahme dieser Maßregelungen und drohten mit dem Streik. Inzwischen stiegen die Lebensmittelpreise ins Ungeheure. Die Höhe der Unterstützung blieb die alte. War schon vorher ein Leben nicht mehr möglich, so wurde jetzt das Vegetieren sogar zur Unmöglichkeit. Sie kamen deshalb zusammen und stellten folgende Forderungen auf:

1. Eine sofort auszuzahlende Entschuldungssumme in Höhe von 1000 Mark für jeden Erwerbslosen ohne Unterschied von Alter und Geschlecht.
2. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, so daß jedem die volle Existenz gesichert ist.
3. Nicht-Einführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und Beseitigung aller Härten und Mängel im jetzigen Arbeitslosenversicherungssystem. Allen Arbeitslosen, die kein Kapital besitzen, sind Unterstützungen zu zahlen.
4. Rücknahme der Maßregelungen und des Redeverbots.

Und nun begann sofort der Streik. Die Arbeitslosen erklärten, keine Verhandlungen mit dem Magistrat. Er kennt unsere Forderungen und das genügt. Bis sie bewilligt sind, wird keine Arbeit vermittelt. Entgegen den Lügen, die von den Erwerbslosenräten und der „Roten Fahne“ verbreitet werden, wird festgestellt, daß niemand die Stempelkontrolle verhindern wollte. Im Gegenteil, die Arbeitslosen forderten ihre Weiterführung. Der Magistrat schloß auf zwei Tage die Nachweise und machte nachher die Stempelung unmöglich, weil er sie abhängig machte von der Annahme von Arbeit.

Nun, es geht auch so. Zu gleicher Zeit besetzte man die Nachweise mit Sipo auf Wunsch der KAP.-Erwerbslosenräte. Das alles verschärfte natürlich den Kampf. Von der Wusterauhener Straße ging der Funken aus, durch alle diese Tatsachen ist er jetzt Allgemeinstreik. Seine Ursachen also sind die Lebensunmöglichkeit, die sich durch die Lage der Arbeitslosen ergibt und das Gesetz der Arbeitslosenversicherung, sowie die Maßregelungen zu beseitigen. Die Arbeitslosen kämpfen ohne Illusionen. Sie wissen, daß ihre Lage erst aufhören wird, lebensgefährlich für sie und ihre Angehörigen zu sein, wenn der Kapitalismus durch die proletarische Diktatur überwunden ist. Sie haben ebenso sicher schon erkannt, daß weder Gewerkschaften, noch parlamentarische Parteien ihnen Hilfe bringen können. Es ist der erste Kampf ohne Führer und Genasführte. Die Arbeitslosen kämpfen im Sinne des Rätekommunismus, die Arbeiter bestimmend und ULL. ihren Willen ausführend.

Ihr Ziel sind nicht die Forderungen, sondern der große Kampf des Proletariats um seine Befreiung. Dieser Kampf gilt nur als Vorpostengefecht des großen, wo Arbeiter und Arbeitslose gemeinsam auf den Plan treten werden.

Nachdem wir nun Ursachen und Ziel kennen, wollen wir den Wert und die Zweckmäßigkeit des Streiks feststellen. Zuerst die Zweckmäßigkeit. Da die Arbeits-

losen nur eine Möglichkeit haben, ihrem Willen Macht zu verleihen, so ist es natürlich für jeden revolutionären Proletarier selbstverständlich, daß sie dieses Mittels sich bedienen. Darüber kann es keinen Streit geben. Die Zweckmäßigkeit eines Streiks ergibt sich aus der Situation und dem Ziel, unter dem er begonnen wurde. Es braucht wohl niemanden auseinanderzusetzen, in welcher elenden Lage sich das arbeitslose Proletariat befindet. Die Berechtigung ihres Kampfes und jedes Kampfes ist immer gegeben. Durch die steigenden Preise und das Gesetz über die Versicherung war der Kampf unausschiebbar und dadurch zweckmäßig. Sein Wert rekrutiert sich aus seinen Wirkungen. Wir haben an solchen folgende festzustellen:

1. Der Magistrat, der durch gemachte Statistiken die Erwerbslosigkeit „abnehmen“ läßt, ist aus seiner Ruhe gestört und — wie aus verschiedenen Tatsachen festgestellt — kopflos, ängstlich.
2. Er hat allen Grund dazu, weil den Arbeitslosen durch den Streik gezeigt wird, daß sie nicht machtlos, altes Eisen sind, sondern frische, lebendige Kraft. In den Arbeitslosen wird neues Kraftgefühl erweckt.
3. Die Arbeiter in den Betrieben werden an ihre Pflicht gemahnt, und die einlaufenden Berichte an den Aktionsausschuß zeigen, daß sie wissen, auch sie müssen kämpfen, solidarisch mit den Arbeitslosen.
4. Und das ist das wichtigste, es wird gezeigt dem bürgerlichen Staat und der gesamten Welt: **Hütet euch, hier ist die Macht, die eure Gesetze über den Haufen wirft. Statt Annahme der Zuchthausgesetze, Kampf dagegen bis aufs Äußerste.**

Mag der Streik siegreich oder erfolglos verlaufen, das Urteil über ihn muß lauten: **Er war das Signal für alle Proletarier, zum Kampf gegen die Zuchthausgesetze! Als solches betrachtet ist sein Wert für das deutsche Proletariat ungeheuer.**

Der Kampf der Erwerbslosen ist ein Kampf gegen die kapitalistischen Gesetze

War das Arbeitslosenproblem schon bei Ausbruch des Weltkrieges von weltweitem Umfange und von einer den Kapitalismus in seinem Fortbestehen bedrohenden Schärfe, so haben die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges dieses Problem derartig beständig chronisch und Gesundheit und Leben verheerend für das arbeitende Volk gestaltet, daß keine Reformen der Kapitalistenklasse, ob diese auf künstliche Beschaffung von „neuer“ Arbeit oder auf „erhöhte“ Unterstützung und erweiterter Fürsorge hinauslaufen, den herannahenden Zusammenbruch des kapitalistischen Systems Einhalt gebieten können.

Damit nun die Arbeitslosen ihr großes Elend nicht auf der Straße und in den Betrieben zur Schau tragen, oder gar rebellisch werden und sich selbst helfen, hat die Regierung staatskapitalistische Institutionen geschaffen, wie Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsnachweise, Arbeitslosenfürsorge. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt etwa ein Drittel der üblichen durchschnittlichen Arbeitslöhne, auf den Arbeitsnachweisen werden auf je 100 Arbeitslose etwa fünf Arbeit nachgewiesen und in den meisten dieser Fälle handelt es sich um die Neubefehung von Arbeitsstellen, die andere Arbeiter verlassen haben, also arbeitslos geworden sind. Kurz gesagt, besteht die Arbeitslosenfürsorge darin, die Arbeitslosen mit leeren Versprechungen abzuspeisen, sie durch Anwendung von brutalen Mitteln unter Mitwirkung von Schutzpolizei ruhig und gefügig zu halten und schließlich durch Zuchthausgesetze die Anzahl der Unterstützten und die Unterstützungssumme auf ein Minimum zu reduzieren.

Bäumt sich nun der Proletarier in seiner Empörung gegen diese Zustände auf, so sagt man ihnen: Sorgt mehr für den Wiederaufbau der Produktion, arbeitet fleißiger und länger, schafft mehr Rohstoffe heran und auch ihr, Proletarier — so sagt man euch — werdet an der wachsenden Prosperität des Landes teilnehmen. Und während sie so sprechen, wissen sie, die wirtschaftlichen Beherrscher und politischen Machthaber der Situation, daß kein Wiederaufbau möglich ist, sondern daß ein fähiger, unheimlicher Rückgang stattfindet, der zulezt das Bestehen der ganzen Gesellschaft bedrohen muß. Aber was fragen Sinnes und seine Kumpane nach dem wirtschaftlichen Rückgang, nach der größeren Verelendung der Massen, so lange sie, die Ausbeuter und politischen Machthaber, ihr Schäfchen ins Trockene bringen.

Und wie stellen sich die Gewerkschaften und politischen Parteien zu der stets wachsenden Verelendung der arbeitslosen Massen? — Sie tun ihr Möglichstes um den Wünschen der Großkapitalisten Rechnung zu tragen. Sie sind bereit, die Unterstützung der Arbeitslosen abzubauen und durch Versicherungsgesetze zu ersetzen, sie befürworten sogar die Durchbrechung des Achtstundentages und der durch Tarife festgesetzten Löhne, um wie die Kapitalisten es fordern, den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu fördern. Man rufe sich nur ins Gedächtnis, was vor Kurzem die offiziellen Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Biedermann und Grafmann, in der Wiedergutmachungsfrage in Hamburg gesagt haben, und man wird zugeben, daß die Gewerkschaften mit Leib und Seele dem Großkapital verkauft sind. Auch die parlamentarischen Parteien treiben konterrevolutionäre Politik. Sie propagieren Arbeitsgemeinschaft, Verhandlung, Kompromiß mit dem Großkapital, obgleich ihre so raffinierten Führer wohl wissen, daß nur der siegreiche Kampf um die Diktatur des Proletariats und die Uebernahme der ganzen Produktion durch das arbeitende Volk die großen wirtschaftlichen und politischen Probleme endgültig lösen können. Auch die KAP. — diese vorgebliche revolutionäre Organisation, beweist in diesem Streite, wie immer, daß sie die herrschenden Instanzen unterstützt, den Solidaritätsstreik der Arbeitslosen und Arbeitenden durch Sabotage durchbricht und den Staatskapitalismus der Großkapitalisten, wie ihre schwarz-rot-gelbe demokratische Republik mit Zähigkeit verteidigt.

Nur die KAP. und BD. nur die „KAP.“ und der „Kampfruf“ bieten alle ihre Kräfte und Energie auf, wie immer, auch hier für die Versklawten, Enterbten und Ausgebeuteten einzutreten und ihnen den Weg zu ihrer Befreiung von den Ketten der Schlamerei und des Elends zu zeigen. Mögen die Arbeitslosen und Arbeitenden diese Aufklärung und Wegweisung beherzigen und recht bald den Mut und die Energie aufbringen, dem Kapitalismus für immer das Genick zu brechen.

Wählt Aktionsausschüsse!

Verantwortlicher Redakteur: R. Stern, Berlin — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Rostert, Berlin, Alexandrinenstraße 110.